

Erdhebungen: Brauchen die Erdhebungsoffer mehr politische Unterstützung?



Manchem scheint der langwierige, juristische Weg der Königswege zu sein. Ist das der Grund, weshalb es noch immer keinen Hilfs- oder Ausgleichsfonds des Landes Baden-Württemberg gibt?

Seit Jahren lese ich in der Presse von kleinen Teilerfolgen zu den Erdhebungen in Böblingen. Ganz nüchtern betrachtet, handelt es sich um behördliche Untersuchungen der zwischen 2006 und 2008 niedergebrachten Erdwärmepumpen in den Böblinger Hebungsgebieten sowie deren teilweise missglückte Sanierung. Bei den Untersuchungen wurde festgestellt, dass 17 von 17 niedergebrachten Bohrungen defekt und damit als Ursache für die Erdhebungen zu betrachten sind. Als Erfolg mag ich das nicht bewerten. Es bringt zwar etwas Klarheit, ändert aber nichts an den bisher vorhandenen Gebäudeschäden und den finanziellen, zum Teil existenzbedrohenden Verlusten der Erdhebungsoffer.

Natürlich ist es erfreulich, aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, wenn sich das Landratsamt dazu bereit erklärt, die defekten Bohrungen zu sanieren. Nicht zu vergessen ist, dass die Untere Wasserbehörde des Landratsamtes diese Erdwärmepumpen genehmigt hatte, wohl wissend, welche Gefahren der Anhydrit unter der Erde von Böblingen birgt. Ist die Sanierung der zuvor vom Landratsamt genehmigten Bohrungen nicht eine klassische Pflichtaufgabe des Landratsamtes (LRA), der das LRA kraft Amtes nachkommen muss, zur Gefah-



Stadtrat Jürgen Kienle

renabwehr? Man könnte von einem kleinen Erfolg reden, weil das Landratsamt immerhin schon mit der Sanierung begonnen hat, nur sind da noch die vier Bohrlöcher im Schliffkopfweg, von denen man bis heute nicht weiß, wie man sie sanieren soll. Man hatte bei der Genehmigung offensichtlich nicht daran gedacht, dass etwas passieren könnte und gleich gar nicht, wie man den Schaden eventuell reparieren könnte. Ich lese lediglich, dass man Millionen in die Forschung investiert. Geholfen ist den Erdhebungsoffern damit aber zunächst wenig. Auch nicht damit, dass sich die Erde zwischenzeitlich etwas weniger hebt, was auf die vermutlich geglückten bisherigen Bohrlochsanierungen zurückgeführt wird.

Für mich wäre es ein Erfolg gewesen, wenn das Land einen Hilfsfonds aufgelegt hätte. Besser noch einen Ausgleichsfond, weil nicht nur in den dringenden Fällen geholfen werden muss. Nach der langen Zeit, die sich dieses Drama nun schon hinzieht, sollte ein Fonds geschaffen werden, für alle Betroffenen. Meine CDU Fraktionskollegin Daniela Braun hatte es 2015 sehr schön an Landrat Bernhard formuliert: „Wäre es nicht an der Zeit, dass sich die Politik über einen

Nothilfe-Fonds des Landes Baden-Württemberg Gedanken macht? Einen Nothilfe-Fonds, wie es ihn in anderen Bundesländern bereits gibt, z.B. für Hochwassergeschädigte. Als Kreisrätin des Landkreises Böblingen möchte ich Sie, den Landrat des Landkreises Böblingen, dazu auffordern, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass ein solcher Nothilfe-Fonds für unverschuldet in Not geratene Bürger eingerichtet wird. Daraus könnten die Opfer aus Erdhebungen entschädigt werden. Das Land hat aus Klimaschutzgründen die Geothermie beworben, mit Geldmitteln monetär gefördert und steht beim Genehmigungsverfahren in der Verantwortung. Allein daraus ergibt sich meiner Meinung nach – unabhängig von der Schuldfrage – eine moralische und politische Pflicht. Da die Energiewende von der Landesregierung und der Allgemeinheit nach wie vor gewollt ist, sollten sie sich mit den Betroffenen solidarisch zeigen, damit nicht am Ende auch Geothermie am richtigen Ort, in der breiten Bevölkerung idealen Schaden erleidet. Die Landesregierung soll einen entsprechenden Beschluss fassen, der es dem Land erlaubt, die Opfer adäquat zu entschädigen und die Regulierung mit den Versicherungen, im Einverständnis mit den Geschädigten, selbst zu übernehmen.“

Ich kann diese Forderung meiner Kollegin nur unterstützen, unabhängig davon, ob eine akute Notlage vorliegt. Es hat sich in verschiedenen Berichten gezeigt, dass von manchem auf das falsche Pferd gesetzt wurde, als man dachte, bei den Versicherungen etwas durchsetzen zu können. – Gerade einmal das Gutachten zu den Schäden, aber auch nur zu den dringlichen Schäden, zahlen die Versi-



Schadensbild aus Erdhebungen

cherungen, mehr war nicht drin und vermutlich wird beim anstehenden Schlichtungsverfahren auch nicht wesentlich mehr herauskommen.

Die Betroffenen müssen meiner Meinung nach Druck auf die Politik machen. Dabei reicht es nicht, sich nur an einzelne Politiker zu wenden. Es bedarf einer Kampagne, denn nur wenn möglichst viele Politiker das Leid der Betroffenen spüren, wird sich etwas bewegen.

Am Ende werden die Versicherungen nichts oder nur einen kleinen Teil des Schadens zahlen. Ich lade die Erdhebungsoffer gerne ein, ihre Probleme und Sorgen mir oder in der CDU-Fraktion vorzustellen, um gemeinsam eine Abkürzung dieses langen Weges zu suchen.

Mehr unter www.erdhebungen-boeblingen.de

Jürgen Kienle
CDU-Fraktion

► Die Seiten der Fraktionen

Auf den Seiten „Meinungen aus den Fraktionen“ kommen alle vier Wochen die im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Böblingen vertretenen Fraktionen und Gruppen zu Wort.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge auf diesen Seiten sind diese selbst verantwortlich.